



Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa I: Einbeziehung von Kommunen und NGOs in die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung stellt eine intensive und systematische Beteiligung der betroffenen bayerischen Kommunen sowie der einschlägigen Institutionen, Verbände und Nichtregierungsorganisationen (NGO) bei der Umsetzung der EU-Alpenraum-Strategie (EUSALP) sicher und unterbreitet Vorschläge für ein praktikables und zeitnahes Beteiligungsverfahren.

Die Staatsregierung prüft die Einrichtung einer bayerischen Koordinierungs- und Projektberatungsplattform nach österreichischem Vorbild, zumal die hohe Zahl unterschiedlicher Förder- und Entwicklungsprogramme im Alpenraum schon jetzt für viele nicht mehr nachvollziehbar ist.

Begründung:

Der Bottom-up-Ansatz der EU-Strategie für den Alpenraum muss auch innerhalb Bayerns konsequent verfolgt werden. Denn die intensive Beteiligung und kontinuierliche Mitarbeit der im Alpenraum liegenden bayerischen Städte und Gemeinden sowie der zivilgesellschaftlichen Organisationen (Naturschutz-, Verbraucher- und Bauernverbände, Gewerkschaften etc.) ist für das Gelingen der EUSALP zentral. Die in großen Zeitabständen stattfindenden Veranstaltungen der Staatsregierung (Alpendialog I und II) reichen zur Sensibilisierung und Mobilisierung der Zivilgesellschaft, zur Fokussierung bayerischer Interessen und der Entwicklung spezifisch bayerischer und/oder von Bayern angestoßener EUSALP-Projekte keinesfalls aus. Eine bei der Staatsregierung angesiedelte Koordinierungs- und Projektberatungsplattform könnte dazu beitragen, feststellbare Wissensvorsprünge anderer Regionen wie z.B. Tirol auszugleichen und bayerische Antragsteller konkret zu unterstützen.